



DIE LINKE.



Fraktionen im Rat der Stadt Waltrop

Frau Bürgermeisterin
Nicole Moenikes
Münsterstraße 1

45731 Waltrop

21.02.2017

Antrag gegen Abschiebungen nach Afghanistan

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Moenikes,

die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Waltroper Aufbruch, Die Linke und FDP bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 23. Februar 2017 zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen:

Der Rat der Stadt Waltrop spricht sich gegen Abschiebungen nach Afghanistan aus. Der Rat der Stadt Waltrop appelliert an die Landesregierung NRW, keine Menschen nach Afghanistan abzuschieben.

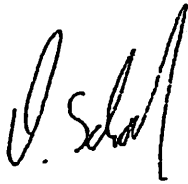
Vor dem Hintergrund der verschärften Sicherheitslage in Afghanistan fordert der Rat der Stadt die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Aussetzung des zwischen der EU und Afghanistan ausgehandelten Rückübernahmeabkommens vom 02.10.2016 einzusetzen. Der Rat fordert die Landesregierung auf, sich mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dafür einzusetzen, die veränderte Sicherheitslage in Afghanistan bei allen Entscheidungen über Anträge von Personen aus Afghanistan zu berücksichtigen.

Der Rat der Stadt Waltrop fordert die Stadtverwaltung auf, bei ausreisepflichtigen abgelehnten Asylbewerber*innen aus Afghanistan im Rahmen sorgfältiger Einzelfallprüfungen die aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten für eine Bleiberechtsperspektive zu prüfen. Das geltende Aufenthaltsrecht bietet die Möglichkeit eines humanitären Aufenthalts oder der verlängerten Duldung. Die zuständigen Mitarbeiter*innen sollen alle Betroffenen aktiv darauf hinweisen, dass sie externe Beratung in Anspruch nehmen können, um mit einem Folgeantrag eine Verlängerung ihrer Duldung zu erreichen.

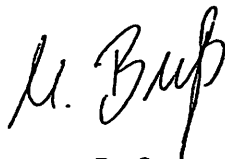
Sachdarstellung

Nach dem zwischen der EU und Afghanistan ausgehandelten Abschiebeabkommen sollen Rückführungen nach Afghanistan in größerem Maße als bisher ermöglicht werden. Laut den Anmerkungen der UNHCR auf eine Anfrage des Bundesministeriums des Innern aus Dezember 2016 hat sich die Sicherheitslage in Afghanistan innerhalb eines halben Jahres von April bis Dezember 2016 erheblich verschlechtert. In Afghanistan ist die Sicherheit der Zivilbevölkerung und rückkehrender Flüchtlinge nicht gewährleistet.

Mit freundlichen Grüßen



Dominik Schad
SPD Waltrop



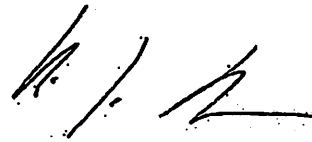
Monya Buß
Bündnis90/Die Grünen



Dorothee Schomberg
Waltroper Aufbruch



Fritz P. Dee
DieLinke



Dr. Heinz-Josef Mußhoff
FDP Waltrop